Deutscher Bundestag **Drucksache 17/10716**

17. Wahlperiode 17. 09. 2012

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Uwe Beckmeyer, Hans-Joachim Hacker, Dr. Hans-Peter Bartels, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 17/9573 –

Ausbau der Offshore-Windenergie erfordert moderne Hafeninfrastruktur

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, die Küstenländer dabei zu unterstützen, ihre Planungen für den Ausbau der Hafenkapazitäten im Offshore-Bereich stärker abzustimmen und geeignete Hafeninfrastrukturen in ausreichendem Umfang vorzuhalten; sich für eine einheitliche Strategie zur Entwicklung der Offshore-Infrastruktur in Deutschland einzusetzen; Fördermöglichkeiten für den Ausbau der Hafenkapazitäten zum Ausbau der Offshore-Windbranche zu schaffen; beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Hinterland an Land und zu Wasser insbesondere schwerlastfähige Verlade- und Umschlagmöglichkeiten zu prüfen; dafür zu sorgen, dass die seewärtigen Zufahrten entsprechend dem sich entwickelnden Bedarf der Offshore-Windbranche ausgebaut werden und eine koordinierte Strategie für die erforderlichen Logistikketten zur Errichtung der Offshore-Windparks und der vor- und nachgelagerten Dienstleistungen zu erarbeiten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/9573 abzulehnen.

Berlin, den 8. September 2012

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Anton Hofreiter	**Torsten Staffeldt**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Torsten Staffeldt

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/9573** in seiner 181. Sitzung am 24. Mai 2012 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, die Küstenländer dabei zu unterstützen, ihre Planungen für den Ausbau der Hafenkapazitäten im Offshore-Bereich stärker abzustimmen und geeignete Hafeninfrastrukturen in ausreichendem Umfang vorzuhalten; sich für eine einheitliche Strategie zur Entwicklung der Offshore-Infrastruktur in Deutschland einzusetzen; Fördermöglichkeiten für den Ausbau der Hafenkapazitäten zum Ausbau der Offshore-Windbranche zu schaffen; beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Hinterland an Land und zu Wasser insbesondere schwerlastfähige Verlade- und Umschlagmöglichkeiten zu prüfen; dafür zu sorgen, dass die seewärtigen Zufahrten entsprechend dem sich entwickelnden Bedarf der Offshore-Windbranche ausgebaut werden und eine koordinierte Strategie für die erforderlichen Logistikketten zur Errichtung der Offshore-Windparks und der vor- und nachgelagerten Dienstleistungen zu erarbeiten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 94. Sitzung am 27. Juni 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 17/9573 in seiner 73. Sitzung am 27. Juni 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 77. Sitzung am 27. Juni 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Antrag auf Drucksache 17/9573 in seiner 77. Sitzung am 27. Juni 2012 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte fest, die Bundesregierung handele im Bereich des Ausbaus der Offshore-Windenergie sehr entschlossen und unterstütze die Küstenländer im Rahmen der grundgesetzlichen Zuständigkeitsverteilung bei der Planung für den Ausbau der Häfen für den Offshore-Bereich vorbildlich. Am Ausbau der Hafenhinterlandanbindungen arbeite man intensiv und leiste dort vorbildliche Arbeit. Dazu gehöre natürlich auch der Ausbau von Straßenanbindungen.

Die **Fraktion der SPD** betonte, der Antrag sei aufgrund eines ausführlichen Dialogs mit der Windkraftbranche und den Küstenländern formuliert worden. Ohne die Schaffung der erforderlichen Voraussetzungen werde es nicht möglich sein, die Potenziale der Windenergie im Offshore-Bereich in angemessenen Umfang zu nutzen. Um Geräte und Anlageteile der Windkraftbranche über den Wasserweg transportieren zu können, benötige man Industriehäfen und keine Handelshäfen. Das sei der entscheidende Unterschied im Hinblick auf die bisher gängige Haltung, dass Hafenpolitik Ländersache sei.

Die **Fraktion der FDP** stellte fest, grundsätzlich seien sich alle im Klaren, dass die Offshore-Windenergie einen großen Beitrag zur Energiewende leisten könne und dafür eine entsprechende Hafeninfrastruktur nötig sei. Hafenausbau und Hafeninfrastruktur seien aber im Regelfall Aufgabe der Länder oder Privater. So liege es nicht in der Verantwortung des Bundes, Offshore-Häfen durch Bundessubventionen zu fördern. Man stimme daher in der grundsätzlichen Zielsetzung mit dem Antrag überein, nicht aber bei den daraus abgeleiteten Forderungen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** bemerkte, bei dem Antrag gehe es eigentlich darum, schnellstmöglich noch mehr Offshore-Windenergieanlagen zu realisieren. Bei der Diskussion über die Hafeninfrastruktur müsse man aber auch verkehrspolitische Themen einbeziehen. Der Antrag beinhalte zwar sinnvolle Forderungen, er lasse aber auch Interpretationen hinsichtlich der Definition der Hinterlandanbindung zu, welche Verkehrsprojekte einschließen könne, die von ihr abgelehnt würden, etwa im Hinblick auf Straßenbau und Flussvertiefungen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, Offshore-Windparks erforderten auch eine regelmäßige Wartung, die im Wesentlichen über den Seeweg erfolgen werde, was eine entsprechende Infrastruktur an Land voraussetze. Sie kritisierte, dass es heute statt der Ermittlung der geeignetsten Standorte einen unkoordinierten Wettbewerb um die Schaffung von Hafenstandorten für die Anbindung der Offshore-Windenergieanlagen gebe. Man müsse sich fragen, ob hier die Kompetenzverteilung nach dem Grundgesetz sachgerecht sei. Dem Antrag stimme sie zu, wenn er auch einzelne Schwächen habe.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der

Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/9573.

Berlin, den 8. September 2012

Torsten Staffeldt
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333